

DOKUMENTATION

der

Potsdamer SEF-Frühjahrsgespräche 2004

der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn

Russland und die Europäische Union: Zwischen Partnerschaft und Rivalität

Vom 1.-3. April 2004

Mitveranstalter: Renner-Institut, Wien
Kooperationspartner: WeltTrends, Potsdam

Von Nina Heckmann/Michèle Roth
15. April 2004

Inhaltsverzeichnis

Russland und die Europäische Union:

Erwartungen an eine Partnerschaft 4

Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen:

Wohin entwickelt sich Russland? 8

Ein „gemeinsamer Raum der inneren Sicherheit“:

Mögliche Antwort auf neue Sicherheitsrisiken? 13

Von Visionen zu Aktionen:

Politikfelder für die europäisch-russische Zusammenarbeit 16



Russland und die Europäische Union: Erwartungen an eine Partnerschaft

Die russische Präsidentschaftswahl vom 14. März 2004 und die EU-Osterweiterung zum 1. Mai 2004 waren für die Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) Anlass, die europäisch-russischen Kooperationsbeziehungen in den Mittelpunkt ihrer Potsdamer SEF-Frühjahrgespräche 2004 zu stellen, die in Kooperation mit dem Renner-Institut, Wien, und der Zeitschrift WeltTrends, Potsdam, durchgeführt wurden. Nach der EU-Osterweiterung wird sich die gemeinsame Grenze zwischen der EU und der Russischen Föderation über 2.000 Kilometer erstrecken. Doch nicht nur geographisch, auch wirtschaftlich sind die EU und Russland eng verbunden. Eine dementsprechende politische Partnerschaft zwischen den Nachbarn, die sich beide in großen Veränderungsprozessen befinden, muss sich jedoch erst herausbilden. Die internen Entwicklungsprozesse beider Partner sind schwer voraussagbar, die gegenseitigen Erwartungshaltungen sehr unterschiedlich. Die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU ist begrenzt und wird voraussichtlich durch die Erweiterung und die Auseinandersetzungen um die europäische Verfassung weiter eingeschränkt. Russland befindet sich seit über einem Jahrzehnt in einem umfassenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozess. Wohin wird sich das Land unter Präsident Putin und seiner „gelenkten Demokratie“ entwickeln?

Steffen Reiche, brandenburgischer Minister für Bildung, Jugend und Sport, begrüßte die Teilnehmer der Potsdamer SEF-Frühjahrgespräche 2004 im Namen von Ministerpräsident Matthias Platzeck. Er strich die besondere Bedeutung Brandenburgs – als ehemals größter Station russischer Streitkräfte außerhalb Russlands – für den deutsch-russischen Dialog hervor. Auch die geographische Nähe Brandenburgs zu Osteuropa, sichtbar durch die längste deutsch-polnische Grenze, sei Anzeichen einer transnationalen Geschichte, in der nun seit 13 Jahren eine „neue Normalität“ erwächst.

Partner für eine multilaterale Weltordnung

Die jüngste Phase des Umbruchs der geopolitischen Situation – gekennzeichnet zunächst durch das Ende des Ost-West-Konflikts und seit dem 11. September 2001 durch das Erstarken des transnationalen Terrorismus – sei eine Zeit des ausgeprägten Wandels in Russland und in Mittel- und Osteuropa gewesen, so *Vladimir I. Seregin*, Leiter des EU-Referats im russischen Außenministerium, in seiner Eröffnungsrede. Mit der strategischen Ent-

scheidung Russlands für Demokratie und Marktwirtschaft sei auch die Entscheidung für Europa gefallen, mit dem Russland sich durch universelle Werte wie Freiheit und Gleichheit in einer von Multilateralismus geprägten Politik verbunden fühle. *Seregin* betonte, Russland sei immer europäisch orientiert gewesen und durch vielfältige Integrationsprozesse mit der EU verwoben, vor allem im Wirtschafts- und Energiesektor. Als strategische Partner für eine multipolare Weltordnung müssten die EU und Russland die Rolle der Vereinten Nationen und des Völkerrechts sowie der Menschenrechte stärken und gemeinsam den internationalen Terrorismus, Armut und Massenvernichtungswaffen bekämpfen. *Seregin* lobte die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) beim Zivilschutz, dem Katastrophen- und Krisenmanagement. Die Unausgereiftheit der ESVP, verbunden mit den Kontroversen um eine EU-Verfassung, verhinderten bisher aber noch eine tiefere Kooperation. Zudem müsse die Verantwortung der USA für die Sicherheit in Europa anerkannt werden. Sicherheit könne nur durch internationale Kooperation erreicht werden. Im Hinblick auf die

Folgen der EU-Osterweiterung gab sich *Seregin* zwar optimistisch, sprach aber auch die aus russischer Sicht zentralen Problemfelder an: der Transit nach Kaliningrad, der Schutz der russischen Minderheiten in einigen der neuen EU-Länder, Visafragen und der Handel mit nuklearen

der Beziehungen zwischen Russland und der EU. Konkrete Erwartungen an Russland betreffen etwa die Ratifizierung des Kyoto-Klimaschutzprotokolls, die Verbesserung der institutionalisierten Zusammenarbeit im Ständigen Partnerschaftsrat (SPR) und die Ausdehnung des 1997 in



v.l.n.r.: Eckart Cuntz, Vladimir I. Seregin, Steffen Reiche, Burkhard Könitzer

Brennstoffen. Bei einem jetzt bereits 78 Mrd. Euro umfassenden russischen Handelsvolumen mit der EU, das sich nach der Erweiterung auf ca. 50% des russischen Außenhandels erhöhen wird, sei es von großer Wichtigkeit, im Vorfeld möglichst viele strittige Fragen zu regeln. In diesem Zusammenhang verwies *Seregin* auch auf die Verhandlungen über einen WTO-Beitritt Russlands, dessen Bedingungen die russische Energiewirtschaft vor massive Probleme stellen könnten. Insgesamt gesehen ging *Seregin* aber davon aus, dass die beiderseitigen Interessen in Zukunft zu verstärkter Kooperation und Partnerschaft führen werden.

„Wir sind Freunde, aber wir müssen das noch mit Inhalt ausfüllen“

Dr. *Eckart Cuntz*, Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt, relativierte in seiner Eröffnungsrede das von *Seregin* gezeichnete fast durchweg positive Bild

Kraft getretenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PCA) auf die neuen Mitgliedstaaten der EU. Auf seiner Frühjahrstagung 2004 habe der Europäische Rat Putins Zusagen einer weiteren Modernisierung des Landes sowie eine stärkere Annäherung beider Seiten durch die bevorstehende EU-Osterweiterung begrüßt. Aus seiner Sicht werde es für keine Seite negative Folgen der Erweiterung geben, so *Cuntz*. Die Chancen für Wirtschaftswachstum würden vielmehr wachsen, indem etwa die Zollschränken sinken. *Cuntz* ging auch näher auf die vier angestrebten gemeinsamen Räume – Wirtschaft, Außen-/Sicherheitspolitik, Justiz-/Innenpolitik und Kultur/Zivilgesellschaft – ein, mit deren Hilfe eine verstärkte Kooperation und Integration geschaffen werden soll. „Wir sind Freunde, aber wir müssen das noch mit Inhalt ausfüllen“, plädierte *Cuntz*. Auftretende Schwierigkeiten wie etwa im Feld der Minderheitenrechte oder bei der Behandlung der „ein-

gefrorenen“ Konflikte im Kaukasus sollten in die genannten vier „Räume“ eingebaut werden.

In der anschließenden Diskussion, die Dr. *Burkhard Könitzer*, Geschäftsführer der Stiftung Entwicklung und Frieden, moderierte, standen die Transitregelungen für Kaliningrad zunächst im Vordergrund. *Christian Meier* von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sprach das noch ungelöste Problem der tariflichen Abrechnung im Gütertransport an. Sollten die Güter zu internationalen Tarifen durch das EU-Gebiet transportiert werden oder könnten Sondertarife ausgehandelt werden? *Eckart Cuntz* erwiderte, dass die Kooperation beim Thema Kaliningrad weit besser verlaufe als gedacht. Der Personentransit sei weitgehend geklärt und auch die offenen Fragen zum Gütertransit erschienen lösbar. Die EU sei an einer positiven Entwicklung Kaliningrads sehr interessiert.

Dr. *Heinz Timmermann* (SWP) kritisierte, dass die EU auf eine von Russland vorgelegte Liste mit möglichen durch die Erweiterung entstehenden Nachteilen nicht reagiert habe. Statt Vor- und Nachteile frühzeitig aufzuzeigen, warte die EU bis zum letzten Moment ab. Dabei hätte man gerade am Beispiel der letzten Erweiterung, bei der Finnland der EU beitrug und damit erstmals eine gemeinsame Grenze zwischen Russland und der EU entstand, lernen können, dass Russland nicht unbedingt Nachteile aus der neuerlichen Erweiterung um die Staaten Mittel- und Osteuropas erwachsen müssen. Trotz dieses Einwandes blieb *Vladimir Seregin* bei seiner Einschätzung, dass negative Konsequenzen in der ersten Phase vermutlich unvermeidlich seien. Er bestätigte aber, dass beide Seiten durch die finnisch-russische Zusammenarbeit dazugelernt hätten.

Reaktivierung des „Feindbilds Westen“?

Dr. habil. *Raimund Krämer*, verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift *Welt-Trends*, Potsdam, brachte den „dritten

Mitspieler“ neben EU und Russland – die USA – in die Debatte ein. Deren Ausgangslage habe sich durch die Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen, vor allem durch die NATO-Erweiterung und die Schaffung des NATO-Russland-Rates modifiziert. Aus russischer Sicht seien die USA, so *Seregin*, „zwar wichtig, aber bloß ein gleichberechtigter Partner in einer multipolaren Weltordnung“. Dem widersprach Prof. Dr. *Kurt P. Tudyka* vom Institut für Friedens- und Sicherheitspolitik Hamburg, der auf die Asymmetrie in der Partnerschaft mit dem Hegemon USA hinwies und fragte, ob die USA tatsächlich auch weiterhin eine strategische Rolle in Europa spielen sollten. Prof. em. Dr. *Franz Nuscheler*, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden in Duisburg, und auch Dr. *Lothar Schröter* von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg befürchteten, dass die Erweiterung der NATO in Russland ein Gefühl der „Einkreisung“ hervorrufen und das „Feindbild Westen“ reaktivieren könnte. Entschieden verneint wurde diese Befürchtung durch Prof. Dr. *Peter W. Schulze*, Dozent am Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien der Universität Göttingen, der die NATO als „zahnlosen Tiger“ bezeichnete, der für Russland keine militärische Bedrohung mehr darstellt. Aus Sicht des russischen Außenministeriums sei die Grenze zum NATO-Gebiet eine friedliche, die keinerlei spezielle Maßnahmen erfordert, bestätigte *Seregin*. Er bezeichnete allerdings mögliche Luftpatrouillen der NATO über dem Baltikum als kontraproduktiven Akt, auf den Russland reagieren müsse.

Dr. *Peter Lock* von der European Association for Research on Transformation (EART) forderte eine gemeinsame Strategie im Verhältnis zu Belarus. Bisher sei die Politik von Russland und EU hier eher gegenläufig. Beschwichtigend entgegnete *Cuntz*, dass hier keine allzu großen Differenzen bestehen. *Seregin* mahnte, die Lage in Belarus nicht zu dramatisieren und das Land nicht aus dem internationalen Dialog

auszuschließen, um die Entwicklung positiv beeinflussen zu können.

Die EU als Ankündigungsmaschine

Schulze mahnte, dass die Glaubwürdigkeit der EU nach außen durch ihr Image als heterogene Versammlung von Einzelakteuren massiv beschädigt werde. Die EU habe den Ruf, immer wieder Ankündigungen zur Zusammenarbeit – etwa in Form des PCA oder der „Vier Gemeinsamen Räume“ – zu machen, diese aber nicht systematisch umzusetzen. Die teilweise mangelnde Kohärenz innerhalb der EU mache sie zu einem schwer berechenbaren Kooperationspartner.

Bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit spielt vor allem der Energiesektor

eine zentrale Rolle. Prof. Dr. *Kazimiera D. Prunskiene*, ehemalige litauische Ministerpräsidentin, warf die Frage nach einer „Vision für die Vereinigung der Energiemärkte“ auf. *Seregin* beurteilte eine technische Angleichung der russischen Elektrizitätsstandards an EU-Standards als machbar. Eine Harmonisierung des Energiemarktes, gleichbedeutend mit der von der WTO geforderten Verteuerung der inländischen russischen Energiepreise, würde jedoch zum Zusammenbruch der russischen Industrie führen. Auch massive soziale Folgen wären bei einer Anhebung der Energiepreise zu befürchten. Der Energiesektor sei Russlands „natürlicher Vorteil“, so *Seregin*, der für die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt genutzt werde.

Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen:

Wohin entwickelt sich Russland?

Mit der erfolgreichen Präsidentschaftswahl vom 14. März 2004 hat Präsident Putin seine Machtposition weiter gestärkt. In dem im Dezember 2003 neu gewählten Parlament verfügt er bereits über die notwendige 2/3-Mehrheit, die ihm eine dritte Präsidentschaft durch eine Verfassungsänderung ermöglichen könnte. Bei der ersten Panelrunde stand deshalb die Frage im Zentrum, welche Politik Putin aus dieser Position der Stärke heraus verfolgen wird. Führt er die wirtschaftliche und demokratische Transformation im Sinne einer Angleichung an den Westen fort oder deuten seine Vorstellungen einer „gelenkten Demokratie“ auf ein wieder stärker autoritäres System?

In ihrem Einführungsvortrag analysierte Dr. *Irina Kobrinskaya*, Geschäftsführerin der Foundation for Prospective Studies and Initiatives und leitende Wissenschaftlerin am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (MEMO) der Russischen Akademie der Wissenschaften, zunächst die Wahlergebnisse. Aus ihrer Sicht war der Wahlkampf massiv durch den so genannten Oligarchenbericht vom Mai 2003, die Yukos-Affäre und Chodorkowskijs Verhaftung beeinflusst. Die Ergebnisse zeigten dennoch eine zweifelsfreie Legitimität des Präsidenten. Der Duma bleibe nur die Rolle, die „Gesetze ohne wenn und aber zu verabschieden [...] und gelegentlich anti-westliche Rhetorik zu äußern“, so *Kobrinskaya*. Der parlamentarische Handlungsrahmen für Reformen sei demzufolge extrem eingeschränkt. Die breite Unterstützung für Putin lasse auf eine „Sorge um politische und wirtschaftliche Stabilität um jeden Preis“ schließen, gleichzeitig spiegele aber die kontinuierliche Unterstützung der Kommunisten eine bleibende gesellschaftliche Unzufriedenheit wider. Die eindeutige Dominanz der Partei „Einiges Russland“ in der Duma gehe mit dem Versagen der liberaldemokratischen Partei einher.

Innenpolitische Prioritäten

Die Prioritäten für Putins zweite Amtszeit identifiziert *Kobrinskaya* im Bereich der Innenpolitik: Armutsbekämpfung, wirtschaftliche Stärkung und innere Sicherheit. Dazu sei es erforderlich, die Dividenden

aus den (noch) hohen Weltmarktpreisen für Öl in innenpolitische Ziele zu investieren, was jedoch ohne Tendenz zur autoritären Regierungsführung kaum möglich sei. Die Verbindung von starker Präsidialmacht und staatlicher Regulierung sei angesichts des Zeitmangels die einzige Chance für Putin; die Aussicht auf mehr Demokratie in den nächsten vier Jahren deshalb sehr gering. Putin müsse nun seine volle Legitimation nutzen, um notwendige Reformen – vor allem eine Modernisierung und Diversifikation der Wirtschaft – voranzubringen.

Für den Westen sei Russland durch die unter Putin erreichte Stabilität ein wesentlich prognostizierbarer und komfortablerer Partner geworden. Putin werde gegenüber dem Westen offen bleiben, sich aber nun – gestärkt durch die eindeutige Legitimierung im Zuge der Wahlen – stärker nach innen orientieren, so *Kobrinskaya*. In der Partnerschaft mit den USA werde es auch in Zukunft eher um Sicherheitsfragen gehen, während in der Partnerschaft mit der EU die Wirtschaft im Vordergrund stehen werde, mit einzelnen gemeinsamen Schritten symbolischer Art in der Außenpolitik. Im Moment zeichne sich eine Stagnation in den Beziehungen zur EU ab, da die EU zunächst ihre Osterweiterung verdauen müsse und so kaum Raum für eine Weiterentwicklung der Beziehungen zu Russland vorhanden sei. Offen sei, wie sich die EU unter dem Einfluss der neuen Mitglieder entwickeln werde: in Richtung einer kohärenteren internen Entwicklung, die einen realen Rahmen für die EU-Russland-Kooperation abgeben wür-

de, oder in einer Stärkung der ideologischen Komponente, die eine weitere Ausdehnung der EU Richtung Osten (Moldova, Ukraine) ohne verstärkte Partnerschaft mit Russland bedeuten würde.

Die russische Haltung gegenüber der GUS habe sich in den letzten vier Jahren deutlich verändert, erklärte *Kobrinskaya*. Die GUS-Staaten würden nun als „wirklich unabhängige Staaten“ angesehen, mit denen eine ökonomische Integration angestrebt werde.

Eine ganz normale Partnerschaft?

Dr. *Roland Götz*, Leiter der Forschungsgruppe Russische Föderation und GUS bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, verurteilte die Naivität des in den 1990er Jahren in Westeuropa vorherrschenden Paradigmas, Europas Demokratie und

autokratischen Klima gedeihen könne. Er betonte, dass die Liberalisierung und Privatisierung der russischen Wirtschaft, die große soziale Ungerechtigkeit geschaffen habe, hauptsächlich als politisches Projekt initialisiert worden sei. Um eine Wiederkehr des Kommunismus zu verhindern, wurden Funktionäre zu Millionären gemacht. Putin habe ein Interesse daran, diese Oberschicht florieren zu lassen, um die Stabilität des Landes zu sichern. Ohne Korruption sei es aber nicht möglich, aus dem Nichts heraus reich zu werden. Deshalb sei auch der aktuelle Prozess gegen Chodorkowskij ungerecht und Chodorkowskij selbst auf dem besten Wege, zu einem „russischen Heiligen“ zu werden.

Schwachpunkte der russischen Wirtschaft lägen noch immer in der niedrigen Investitionsquote von 20%, der Kapital-



v.l.n.r.: Gerhard Mangott, Irina Kobrinskaya, Raimund Krämer, Susanne Scholl, Roland Götz

Marktwirtschaft werde sich ganz automatisch nach Osten ausbreiten. Die „gelenkte Demokratie und Wirtschaft“ in Russland seien heute Tatsache und resultierten aus einem „falschen Start“, so *Götz*. Beim Übergang von Gorbatschow zu Jelzin habe es sich um einen friedlichen Putsch innerhalb der Nomenklatura gehandelt, bei dem lediglich die „Geschickteren“ die Macht übernommen hätten. Damit werde eine von Paternalismus bestimmte Geschichte fortgesetzt. Das gelte auch für Putin, der ein Geheimdienstmilieu mit sich bringe. *Götz* fragte, wie eine moderne Wirtschaft in einem

flucht und den zu geringen Auslandsinvestitionen. Als einzigen Pluspunkt hob *Götz* den anhaltend hohen Ölpreis auf dem Weltmarkt hervor. Er kritisierte die Konzentration der russischen Wirtschaft auf den Energiesektor und die niedrigen inländischen Gaspreise als nicht nachhaltig im Sinne einer Diversifikation von Wirtschaftszweigen und eines sparsamen Gebrauchs natürlicher Ressourcen. Insgesamt trat er dafür ein, nicht von einer „strategischen Partnerschaft“ zu reden, sondern von einer „ganz normalen Partnerschaft zum gegenseitigen Vorteil“.

„Komplizenschaft des Westens“

Auch A. Univ. Prof. Dr. *Gerhard Mangott* von der Universität Innsbruck widersprach dem Eindruck der aktuellen politischen Diskussion, Russland befände sich erst jetzt am Beginn der Autokratie. Er stimmte mit seinem Vorredner überein, dass die 1990er Jahre idealisiert worden waren und prangerte eine gewisse „Komplizenschaft des Westens“ mit der nun so oft kritisierten russischen Politik an. Der Verrat der „Graswurzelperestrojka“ habe bereits unter Jelzin begonnen, obwohl zu der Zeit noch eine – zumindest plurale, wenn auch nicht freie – Medienstruktur sowie eine oppositionelle Duma und regionale Autonomie bestanden hätten, die mittlerweile verloren gegangen seien. Bei der Duma habe es sich allerdings um den Apparat einer selbstgefälligen schwachen Opposition, bei den Regionen um „regionale Fürstentümer“ ohne Verantwortlichkeit gehandelt. *Mangott* unterstrich, dass der neoliberale Transformationsprozess politisch gescheitert sei. Trotz „elektoraler Fassade“ habe sich Russland am Rande eines „failing state“ befunden, als Putin 1999 an die Macht kam. *Mangott* akzeptierte zwar die Notwendigkeit eines „starken Staates“ als Bedingung für Demokratisierung, warnte aber, der Staat dürfe nicht zum Selbstzweck werden, da er dann nur noch in einer „Anhäufung von Machtmitteln bei gleichzeitiger Verödung von Machtzwecken“ bestehe. Er problematisierte Putins Motivstruktur, durch die das Modernisierungskonzept im Sinne eines ethnisch homogenen russischen Volkes instrumentalisiert werde.

Für Putins Wahlerfolg machte *Mangott* in erster Linie die Konzeptlosigkeit und Personalschwäche der Opposition verantwortlich. Er forderte daher die liberaldemokratische Opposition auf, einen echten Herausforderer für Putin aus einer neuen Generation aufzustellen. Erst in zweiter Linie hätten Ursachen wie etwa die Manipulation der Medien eine Rolle

gespielt. Putin beziehe seine Popularität aus hohen Zukunftserwartungen, die in ihn gesetzt werden, und aus dem Mangel an Alternativen. Beides könne schnell implodieren.

Auswirkungen des Tschetschenien-Krieges

Auch die seit 10 Jahren in Moskau lebende Leiterin des ORF-Auslandsbüros in Moskau, Dr. *Susanne Scholl*, bestätigte, dass Putins Popularität wenig mit ihm selbst zu tun habe, sondern vielmehr mit der in der Geschichte begründeten Angst des Landes vor Chaos: „Russland war in der Geschichte immer eine Autokratie – bestenfalls; schlimmstenfalls eine Diktatur.“

Scholl bemängelte, dass ein wesentlicher Faktor – der Tschetschenien-Krieg – in den Diskussionen bisher gefehlt habe. Sowohl der Westen als auch Russland selber ignorierten weitgehend, dass Russland in Tschetschenien einen Krieg führe und die demokratische Entwicklung des ganzen Landes deshalb zum Scheitern verurteilt sei. In diesem Zusammenhang betonte *Scholl* besonders das Zurückdrängen der Menschenrechtsorganisationen unter Putin und die Rolle der staatlichen Medien, deren Programm derzeit stark an sowjetische Programme der 1970er Jahre erinnere. Es fehlten grundlegende Informationen; über Tschetschenien werde nicht mehr kritisch berichtet. Hier machte sie ein Kennzeichen der Putin-Ära gegenüber einer pluraleren Medienlandschaft und Zivilgesellschaft unter Jelzin aus.

Der offiziellen Einschätzung der russischen Regierung, die EU-Osterweiterung als natürlichen Prozess zu verstehen, widersprach *Scholl*, indem sie auf das entstehende gesellschaftliche Gefühl des Verlustes (zum Beispiel im Hinblick auf die baltischen Staaten) und eine mögliche Schwächung des nationalen Selbstwertgefühls hinwies. Vor diesem Hintergrund warnte sie davor, Putins „gefährliches Spiel mit dem Nationalismus“ zu unterschätzen.

In der von Dr. habil. *Raimund Krämer* geleiteten Plenumsdiskussion entgegnete Dr. *Olga Potemkina* vom Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau, dass auch westliche Journalisten die Situation in Tschetschenien einseitig darstellten. Ein Problem sei der niedrige Wissensstand russischer Journalisten bei EU-Themen, der in einer mangelhaften Journalistenausbildung gründe. *Bartosz Cichocki* vom Zentrum für Oststudien, Warschau, kritisierte, dass sich viele russische Journalisten in einem „Stolz auf das neue imperiale Image von Putin“ erstaunlich bedenkenlos an Putins Medienpolitik angepasst hätten.

Gemeinsame Werte als Basis

Dr. *Heinz Timmermann* betonte die unterschiedliche Auslegung der europäisch-russischen Partnerschaft durch beide Seiten. Russland verstehe die Partnerschaft vorrangig wirtschaftlich, während die EU sie breiter anlegen möchte und immer wieder die gemeinsamen Werte wie Pluralismus und Demokratie als Basis herausstelle. *Mangott* fügte hinzu, dass Russland die Europäische Union noch immer als ein Konzert von Staaten wie im 19. Jahrhundert sehe und sich eher bilateral auf einzelne europäische Staaten hin orientiere. *Bernard von Plate*, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter der SWP, verlangte von beiden Akteuren – EU und Russland – eine Bewertung der innerstaatlichen Entwicklung des jeweiligen Partners als Grundlage einer vertieften Kooperation. Die Aussichten hierfür wie auch für ein Ausfüllen der „gemeinsamen Räume“ schätzte er jedoch als eher gering ein.

Prof. Dr. *Peter W. Schulze* verurteilte das Produzieren neuer Mythen und Klischees über den von Götze konstatierten „falschen Start“: 1991 habe es keinen Staat – auch keinen „failed state“ – gegeben. Daher sei die Etablierung „regionaler Fürstentümer“ die einzige Garantie gewesen, um den völligen Zerfall bis hin zu Bürgerkriegen zu verhindern. Dem hielt *Mangott* entgegen,

dass die anarchische Dezentralisierung langfristig eine Schwächung der Demokratie bewirke. Während *Kobrinskaya* davor warnte, das Bürgerkriegsrisiko zu unterschätzen, betonte *Peter Lock*, dass aus sozialwissenschaftlicher Sicht die post-sowjetische Gesellschaft gar nicht bürgerkriegsfähig gewesen sei, da kaum jemand eine Störung des produktiven Gleichgewichts überlebt hätte.

Dr. *Ernst Piehl*, Vorstandsmitglied der Internationalen Europäischen Bewegung, Brüssel, bezweifelte angesichts der vorgelegten Argumente, dass ein wirklicher Transformationsprozess in Russland überhaupt stattgefunden hat, und fragte, ob das Land den Sprung vom sowjetischen Imperium zum Nationalstaat bereits geschafft habe. *Schulze* verteidigte den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess und wies auf die Entstehung einer Mittelklasse seit 1998 hin, die bereits 25% der Bevölkerung ausmache. Er rief dazu auf, Russland nicht mit den westlichen Industriestaaten, sondern mit Ländern mittleren Einkommens wie Brasilien oder Südkorea zu vergleichen. Die neue Eigentümerschicht sei keine Mittelklasse, widersprach ihm *Roland Götze*, sondern ein Konglomerat aus Reichen, Neureichen und Bürokraten. Auch Prof. Dr. *Margareta Mommsen* vom Institut für politische Wissenschaft der Universität München fragte, ob es sich bei der angeblichen „Mittelschicht“ nicht um einen neuen Mythos handle. Die Chancen einer Umsetzung der angekündigten neuen Experimenten der Demokratisierung, wie etwa der Etablierung eines echten pluralen Mehrparteiensystems oder der Verwaltungsreform, beurteilte sie pessimistisch. Auch *Kobrinskaya* betonte, dass es derzeit keine Grundlage für demokratische Experimente gebe. Der nötige „bottom-up“-Prozess brauche seine Zeit.

Verflechtung von Macht und Wirtschaft

Vasily Astrov, Wirtschaftswissenschaftler am Wiener Institut für Internationale Wirt-

schaftsvergleiche, äußerte sich zu Mangotts Kritik an der russischen Opposition. Die Liberaldemokraten hätten die Wahlen nicht etwa wegen ihrer Konzeptlosigkeit verloren, auch Putins Partei „Einiges Russland“ habe kein schlüssiges Konzept gehabt. Ihm pflichtete Dr. *Galina Michaleva*, Leiterin des Analytischen Zentrums der Jabloko-Partei und Direktorin des Zentrums für moderne politische Studien, Moskau, zu. Sie verurteilte die Wahlfälschungen und die Ungerechtigkeiten gegenüber kleineren Parteien im Wahlkampf. Sie kritisierte auch, dass in der bisherigen Diskussion die Verflechtung von

Macht und Wirtschaft zu kurz gekommen sei. Auch *Susanne Scholl* akzentuierte diesen Zusammenhang und verdeutlichte am Fall Chodorkowskij die Unmöglichkeit eines kritischen Einmischens in die Gesellschaftspolitik, weil dadurch das System von Macht und Geschäft als Ganzes in Frage gestellt würde. Der Kreml entscheide, wer ein „guter“ und wer ein „böser“ Oligarch sei. *Gerhard Mangott* hingegen sah die Gründe für Chodorkowskij's Verhaftung nicht in seinem demokratischen Engagement, sondern in seinem nach außen gerichteten energiepolitisch eigenständigen Handeln.

Ein „gemeinsamer Raum der inneren Sicherheit“:

Mögliche Antwort auf neue Sicherheitsrisiken?

Die EU und Russland streben nach einer Übereinkunft vom 31. Mai 2003 die Schaffung von insgesamt vier „gemeinsamen Räumen“ an, darunter ein gemeinsamer Raum der inneren Sicherheit, von der EU als „Raum der Freiheit, Sicherheit und Justiz“ bezeichnet. Ein Rahmenkonzept für dieses Vorhaben fehlt bislang, doch Moskaus Hauptanliegen ist die Einführung des visafreien Reiseverkehrs zwischen der EU und Russland. Ohne eine wirksame Bekämpfung der so genannten neuen Sicherheitsrisiken (soft risks) wie der organisierten Kriminalität, dem Menschen- und Drogenschmuggel, der Geldwäsche, der illegalen Einwanderung und des Terrorismus ist ein freier Reiseverkehr für die EU jedoch ausgeschlossen. Die zweite Panelrunde fragte deshalb danach, wie diese Sicherheitsrisiken erfolgreich gemeinsam bekämpft werden können und wo die Grenzen eines gemeinsamen Engagements liegen.

„Paradigma der Interdependenz“

Bartosz Cichocki eröffnete das Panel mit der These, die EU wage sich mit ihren Plänen für einen „gemeinsamen Raum der inneren Sicherheit“ auf gefährliches Terrain. Denn trotz des EU-Konzepts der „gemeinsamen Werte“ von Russland und EU fehle es in Russland an ebendiesen Werten. Dennoch hielt er eine Zusammenarbeit für unabdingbar, besonders bei der Kontrolle der Grenzen und bei einer Liberalisierung der Visumpflicht. Cichocki verurteilte den derzeit florierenden „Kofferhandel“ an den Grenzen zu Kaliningrad und forderte strengere und effektivere Grenzkontrollen im Zuge der EU-Osterweiterung. Zugleich zweifelte er am tatsächlichen Interesse Russlands an einer Aufhebung der Visumpflicht. Auch für Russland sei das Visaregime als ein Instrument der Kontrolle wichtig. Wirklich erwünscht sei deshalb nur eine gewisse Liberalisierung der bisherigen Regelungen. Ähnlich wie vorher schon Götz zog auch Cichocki das Fazit, dass in den russisch-europäischen Beziehungen besser von einem „Paradigma der Interdependenz“ als von „gemeinsamen Werten“ gesprochen werden sollte.

Dr. Olga Potemkina zeigte sich zunächst erfreut darüber, dass sie für ihre Reise nach Potsdam bereits von dem erleichterten Visum für Wissenschaftler hatte profitieren können. Sie machte deutlich, dass

zusätzlich zu den offiziellen „Vier Gemeinsamen Räumen“ auch noch ein fünfter eine bedeutende Rolle spiele: der europäische Raum der Kriminalität. Dieser sei sehr flexibel und kümmere sich nicht um Formalitäten wie das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA). Positiv zu bewerten sei, dass im Zuge der Vorarbeiten für die angestrebte Visafreiheit bereits Fortschritte beim Kampf gegen internationale Verbrechen erzielt wurden, so etwa die Schaffung einer rechtlichen Basis für die internationale Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung durch UN-Pakte und Abkommen mit dem Europarat. Die Rechtsgrundlagen seien inzwischen enorm, aber sie seien zerstreut in zahlreichen Dokumenten. Es sei dringend notwendig, sie besser zu kombinieren. Das gelte auch für die verschiedenen Akteure. So sei noch unklar, wie sich Europol in das bestehende Institutionengefüge einpasse, etwa im Verhältnis zu Interpol.

Potemkina vermutete, dass das Motiv der EU für die Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitsraumes auch darin liege, Russland als „Instrument des Bollwerks gegen Menschen- und Drogenhandel“ einzusetzen. Das Problem liege jedoch nicht nur auf russischer Seite, da es in der EU offenkundig eine enorme Nachfrage nach illegalen Gütern und Dienstleistungen wie Drogen und Prostitution gebe. Das Beispiel des Frauenhandels zeige etwa, dass die Gesetze erst in den Zielländern gebro-

chen würden. In Russland laufe der Frauenhandel sehr „zivilisiert“ ab, ohne Entführungen oder ähnliches. Mit den „interessierten“ Frauen würden legale Verträge abgeschlossen.

Bekämpfung organisierter Kriminalität

Auch Dr. *Peter Lock* betonte in seinem Beitrag die Nachfrageseite der Kriminalität. Er provozierte mit der These, es gebe weltweit „keine Möglichkeit, Grenzen gegen irgendetwas sicher zu machen“. Dabei müsse es sich nicht per se um kriminelle Aktivitäten handeln, häufig sei der Bereich der informellen Wirtschaft und Arbeitsmigration betroffen. Der Migrationsdruck entstehe durch globale Ungerechtigkeit und Schwächung von Staaten sowie durch die Nicht-Bereitschaft auch vieler EU-Staaten als Nachfrager informeller Arbeit, das de-facto-Vorhandensein illegaler Migranten zu lega-

sierung von Drogen sowie einen konstruktiven Dialog mit Russland als wichtiger Drehscheibe für den Drogenhandel.

Transnationale Identitäten - Segen oder Fluch europäischer Sicherheit?

Eine weitere Illusion sei es „zu glauben, dass Terroristen Grenzen überschreiten müssten“. In den EU-Staaten gebe es bereits viele transnationale Staatsbürger der zweiten und dritten Zuwanderergeneration. „Terrorist zu sein ist ein mentales Problem“, das durch den Ausschluss bestimmter transnationaler Personengruppen aus der Gesellschaft konstruiert wird, so *Lock*. Das positive Potenzial ebendieser transnationalen Emigranten würde andererseits als Quelle für Konfliktmanagement und Staatsentwicklung in den Ursprungsländern, erinnert sei etwa an die finanziellen Rückflüsse in die Nachfolge-



v.l.n.r.: Peter Lock, Olga Potemkina, Michèle Roth, Rudolf Bindig, Bartosz Cichocki

lisieren. Im kriminellen Bereich, allen voran im Drogensektor, seien weltweit jährlich 800 Mrd. US-\$ zu verdienen; es sei unmöglich, eine derart lukrative Ökonomie staatlich zu bekämpfen. Vielmehr müsse das Problem auf der Nachfrageseite angepackt werden, denn erst die Kriminalisierung der Drogen, die sonst als ökonomisches Gut nichts wert wären, schaffe den Preis. Im Ergebnis werde organisierte Kriminalität somit durch staatliche Regelungen gefördert. Als Konsequenz aus dieser Erkenntnis forderte *Lock* einen Diskurs über die Legali-

staaten des ehemaligen Jugoslawiens, vernachlässigt.

Rudolf Bindig, Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, betonte die gemeinsame Basis von Werten zwischen Russland und der EU, die sich zumindest in einer Reihe zentraler Dokumente sowie in der Mitgliedschaft Russlands im Europarat widerspiegelt. Der Maßstab für die Aufnahme des Landes in den Europarat sei nicht gewesen, dass

Russland die Anforderungen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte bereits erfüllt, sondern dass es deren Erfüllung konstruktiv anstrebt. Der Abschluss des PCA sei ein weiteres Zeichen dafür, dass sich Russland für diese gemeinsamen Werte einsetze und sich auf dem richtigen Weg befinde. Er hob das bisher Erreichte hervor: die begonnene Reform des Strafrechts und die Entflechtung der Justiz sowie die im Entstehen befindliche Verwaltungsgerichtsbarkeit. Bei der angestrebten Demokratisierung des Militärs habe es aber erst wenige Fortschritte gegeben. Ebenso sei der ungelöste Tschechien-Konflikt ein Dauerthema. Die Freiheit der Medien, die in den 1990er Jahren unter Einfluss der Oligarchien gestanden hätten und nun vom Kreml dominiert würden, gebe es noch immer nicht, so *Bindig*. Er zweifelte auch an der Glaubwürdigkeit der jüngsten Wahlergebnisse, nach denen im Nordkaukasus über 90% der Wähler für Putin gestimmt haben sollen. Dennoch lobte *Bindig* die grundsätzliche Offenheit der russischen Regierung: „Wo es formales internationales Recht gibt, hält sich Russland daran“. Er bemängelte aber Defizite in der praktischen Umsetzung im Menschenrechtsbereich.

Sicherung der Grenzen

In der von Dr. des. *Michèle Roth*, stellvertretende Geschäftsführerin der SEF, geleiteten Diskussion forderte *Bartosz Cichocki* nochmals eine Verbesserung der Grenzsicherung. Dazu müssten auch die zukünftigen EU-Anrainer wie etwa die Ukraine finanzielle und technische Hilfen erhalten, so *Cichocki*. *Olga Potemkina* regte internationale Grenzkontrollen an, die für den Kampf gegen die Korruption besser geeignet sein könnten. An Lock gerichtet meinte sie: „Auch bei geschlossener Haustür kann man ausgeraubt werden; lässt man aber die Tür offen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit eines Diebstahls.“ *Peter Lock* widersprach dennoch der Strategie der technischen Perfektionierung von

Grenzen, die im Ergebnis keine Reduktion von Migration und Kriminalität bringe. Nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, sondern auch aus Erwägungen der Minimierung von Steuerausgaben für Strafverfolgung und Sicherheit müssten Arbeitsmigration, hervorgerufen durch nachgefragte Arbeit jenseits der Grenze, ebenso wie der Drogenhandel legalisiert werden. Dem hielt *Holger Moroff*, Doktorand im DFG-Graduiertenkolleg „Europäische Integration“ an der Universität Osnabrück, entgegen, dass sich bei einer Abschaffung von Grenzregimen nach ökonomischer Logik die Nachfrage nach vormals illegalen Gütern erhöhen werde. Dies könne nicht politisch gewollt sein. *Jörg-Werner Marquardt*, Leiter des Arbeitsstabes Organisierte Kriminalität und Drogenbekämpfung im Auswärtigen Amt, verurteilte Locks einseitigen auf die Nachfrageseite konzentrierten Ansatz ebenfalls und forderte, auch den Drogenanbau zu bekämpfen und legale Alternativen zur ländlichen Entwicklung zu fördern.

Kritisch fragte Dr. *Burkhard Könitzer*, wie überhaupt ein gemeinsamer Raum der Sicherheit funktionieren solle, wenn doch Russland selber noch kein Rechtsstaat sei. Auch *Cichocki* problematisierte eine gewisse Inkompatibilität in der Rechtsanwendung in Russland und in der EU. Das russische Rechtssystem bezeichnete er als „halb gesetzestreu, halb verhandelbar“. Das Beispiel der Zusammenarbeit an der russisch-finnischen Grenze, die von *Timmermann* als „sicherste Grenze Russlands“ und gutes Beispiel für die Zukunft bezeichnet worden war, könne aufgrund der besonderen geographischen Gegebenheiten und der langen Wartezeiten beim Gütertransport kein positives Vorbild für zukünftige Grenzregelungen sein, so *Cichocki*.

Trotz aller Schwierigkeiten plädierte *Rudolf Bindig* abschließend für Visionen in der Politik. Aus diesem Grunde seien Signale wie die Aufnahme Russlands in den Europarat wichtig, denn sie dokumentierten den unbedingten Willen zur Reform.

Von Visionen zu Aktionen:

Politikfelder für die europäisch-russische Zusammenarbeit

Zwischen der EU und Russland bestehen zahlreiche Kooperationsforen und Aktionspläne und laufend kommen neue dazu, an tatsächlichen Aktionen in der Praxis mangelt es jedoch. Welche Veränderungen sind in Brüssel, welche in Moskau notwendig, damit die Bilanz künftig positiver ausfällt? Wie kann die institutionelle Kooperation verbessert werden? Und welche konkreten Bereiche bieten sich künftig für eine funktionale Zusammenarbeit besonders an? Diese Fragen standen im Zentrum der letzten Diskussionsrunde.

In seinem Einführungsreferat stellte Dr. *Heinz Timmermann* zunächst heraus, dass die angestrebte strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland auf „parallelen und komplementären Interessen“ – besonders im Bereich Wirtschaft und Modernisierung – gründet. Trotzdem hätten sich die gegenseitigen Erwartungen bisher noch nicht voll erfüllt. Als Ursachen für die Schwierigkeiten machte er Asymmetrien in den politischen Systemen, in Wirtschaftskraft und Wirtschaftsordnung verantwortlich. Besonders die Notwendigkeit der inneren Reformen in Russland und die Anpassung an europäische Standards gestalte sich problematisch. Zudem liege – wie bereits am Vortag betont – ein unterschiedliches Verständnis von Partnerschaft vor, da Russland in der EU eher einen wirtschaftlichen Modernisierungspartner sehe, die EU aber auch erwarte, die Partnerschaft auf gemeinsame demokratische Werte zu gründen. Da sich aber in Russland bislang weder ein Rechtsstaat noch eine demokratische Zivilgesellschaft in befriedigendem Maße ausgebildet hätten, so *Timmermann*, müsse die EU sich von zu hohen Erwartungen verabschieden. In diesem Sinne habe sie eine Überprüfung ihrer Russlandpolitik eingeleitet.

Die Schaffung des Gemeinsamen Wirtschaftsraums mit seinen vier Freiheiten stelle bisher eher ein politisches Signal dar, die EU solle sich stattdessen auf Fortschritte in konkreten Einzelfragen konzentrieren: Erhöhung der inländischen russischen Energiepreise, Abwicklung des Außenhandels in Euro statt in US-\$, Förderung kleiner und mittelständischer Unterneh-

men, Realisierung von Verkehrsprojekten zur Anbindung Russlands an Europa. *Timmermann* forderte, die Kooperation mit Russland durch frühe Konsultationen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), Beteiligung an den so genannten Petersberg-Aufgaben und durch das Zugestehen eines Beobachterstatus im Ausschuss der Regionen zu intensivieren.

„Neuer Realismus“ notwendig

Als Problem für eine Vertiefung der Partnerschaft markierte *Timmermann*, neben der schon beschriebenen Tendenz zur Autokratie, besonders den großrussischen Nationalismus, der auch die Anerkennung der russischen Dominanz im GUS-Raum durch die EU voraussetze, eine Position, die für die EU nicht akzeptabel sei. Konflikte könnten sich hieraus bei ESVP-Projekten in Moldova und Georgien ergeben oder auch in der Haltung zum Lukaschenko-Regime in Belarus.

Timmermann plädierte in seinem Fazit dafür, Russland trotz aller tiefgreifenden Differenzen nicht an den Rand zu drängen oder zu ignorieren: „Aufgrund seiner Größe, seiner geographischen Nähe, seines Nutzen- und Schadenpotenzials sowie seiner Rolle als regionaler und globaler Akteur wird Russland als Mitspieler für vielseitige funktionale Zusammenarbeit gebraucht“. Die Beziehungen sollten deshalb von „Pragmatismus“ und „neuem Realismus“ geprägt sein, was aber auch von der EU ein kohärentes Auftreten er-

fordere, um von Russland ernst genommen zu werden.

Prof. Dr. *Kazimiera Prunskiene* betonte dennoch die Notwendigkeit, gemeinsame Werte zu entwickeln. Dies könne vor allem in der Gesellschaft, der Kultur und den Medien geschehen. Dabei spielten Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle. Das Thema Sicherheit sei in Litauen noch immer eher mit der NATO und den USA konnotiert, während der EU

baltischen Staaten zur EU noch nicht verkräftet habe;

- das Funktionieren des Ständigen Partnerschaftsrates (SPR), der bislang noch nicht tagen konnte, weil es nicht gelang, eine Einigung über sein Format zu erzielen;
- die Frage der Visaregelungen einschließlich des Abschlusses eines russischen Rückübernahmeabkommens;



v.l.n.r.: Vasily Astrov, Kazimiera D. Prunskiene, Heinz Timmermann, Christian Meier, Gernot Erler, Galina Michaleva

die Wirtschaftsintegration zugeschrieben werde. Es sei jedoch wünschenswert, in der EU und in ihren neuen Mitgliedstaaten auch einen Modernisierungspartner zu sehen, so *Prunskiene*.

Sieben offene Baustellen

Gernot Erler, Koordinator für deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes, unterstrich, dass es im Verhältnis der EU zu Russland zur Zeit noch sehr viele „Baustellen“ gebe. Diese Probleme müssten erst gelöst werden, bevor neue Vorhaben in Angriff genommen werden können. Er mahnte sieben offene Punkte an:

- die Bewältigung der EU-Osterweiterung; hier sei insbesondere die verhärtete Haltung Russlands im Hinblick auf die Anwendung des PCA auf die neuen Mitgliedstaaten sehr bedauerlich. Sie zeige, dass Russland den Beitritt der

- die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls;
- die Unterzeichnung der European Energy Charta;
- die Lösung des Tschetschenienkonfliktes;
- und schließlich die Sorge der EU über die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten in Russland.

Russland habe sich in den letzten Jahren zu sehr auf seine internationale Rolle als Partner im „Kampf gegen den Terrorismus“ und als wirtschaftlicher Partner verlassen und andere Probleme sowie Reformen vor sich hergeschoben. Insofern sei die „Stimmung besser als die Lage“ gewesen, bevor sich nun ein Stimmungswandel in Europa und den USA breitgemacht habe. Ein sinnvolles gemeinsames Reformprojekt – unter der Bedingung, dass die sieben genannten Punkte gelöst werden – wäre etwa die Reduzierung des Energieverbrauchs, was auch der WTO-Forde-

nung nach einer Anpassung der inländischen Energiepreise entgegen käme, so *Erler*.

Zudem müsse die Kooperation im Sicherheitsbereich verstärkt werden; so sollte Russland etwa intensiv an einer umfassenden Nahoststrategie von USA und EU beteiligt werden. Auch könnten die frozen conflict-Probleme in Georgien und Moldova gemeinsam angegangen werden. Eine solche Zusammenarbeit könnte möglicherweise den Weg für eine gemeinsame Lösung des Tschetschenienkonflikts ebnen. *Erler* forderte auch die Wiederbelebung des internationalen Jugendaustauschs mit Russland, um das gegenseitige Verständnis zu stärken.

Dr. *Galina Michaleva* problematisierte die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Raum. Große europäische Firmen, die in Russland investiert haben, hätten sich an die vorherrschenden Spielregeln der Korruption angepasst. Den Nutzen öffentlicher EU-Förderprogramme wie TACIS zog sie in Zweifel: Das Problem sei das Versickern von Geldern der EU in der korrupten russischen Verwaltung, insbesondere in den Regionen. Die demokratischen Institutionen und die lokale Zivilgesellschaft, mit denen die EU kaum zusammenarbeite, seien dabei auf der Strecke geblieben. *Michaleva* stellte heraus, dass beide Seiten am Scheitern der Kooperation beteiligt seien. Ein von ihr durchgeführtes Forschungsprojekt zur politischen Entwicklung in den russischen Regionen habe gezeigt, dass die EU mit ihren finanziellen Förderprogrammen autokratische Tendenzen noch gefördert habe, frei nach dem Motto: „Es ist nicht schwer, mich zu betrügen, ich will selber betrogen werden.“

Die Energiefrage als Dauerbrenner

Vasily Astrov sprach noch einmal die Asymmetrie in der Wirtschaft an. Die russische Wirtschaftskraft betrage im Vergleich zur EU-Wirtschaftskraft nur 12% und sei somit kaum vergleichbar. Er for-

derte die EU auf, ihren Standpunkt zur WTO-Forderung nach Anpassung der Energiepreise zu überdenken. Die niedrigen inländischen Energiepreise lägen nicht an Russlands „natürlichem Vorteil“, über Ressourcen zu verfügen, vielmehr wäre eine Erhöhung um die geforderten 400-500% gleichbedeutend mit einer Überlastung der Industrie und der Privathaushalte und allen gesellschaftspolitischen Konsequenzen. Die EU-Osterweiterung habe im Bereich des Außenhandels durch das Sinken der Zölle von 6,5% auf etwa 4,5%, das wirtschaftliche Wachstum in den Beitrittsländern und einer damit verbundenen steigenden Nachfrage vor allem positive Effekte.

In der von *Christian Meier* geleiteten Plenumsdiskussion stand zunächst die Frage nach der Ratifizierung der Energiecharta im Mittelpunkt. Während *Astrov* eine baldige Unterzeichnung ausschloss, war sich *Erler* sicher, dass Russland mittelfristig an der Unterzeichnung nicht vorbeikommt. Hier gehe es um die wichtige Frage der Energiesicherheit. Die Umsetzung von Energiesparstrategien sei allerdings auch ohne Charta möglich. Auf die Dauer werde Russland den Wettbewerb ohnehin nicht durch niedrige einheimische Energiepreise verzerren können. Denkbar seien jedoch Übergangslösungen für Privathaushalte und soziale Einrichtungen. *Astrov* warf ein, dass für ein Energiesparen im geforderten Umfang (bis zu 90% Einsparung) riesige Investitionen über eine längere Zeitspanne notwendig wären.

Prunskiene kam nochmals auf eine Harmonisierung im Bereich der Elektrizität zurück. Hier gebe es bereits ein Fünftländer-Abkommen zwischen den baltischen Staaten, Russland und Belarus. *Timmermann* nannte drei wesentliche Voraussetzungen für eine engere Zusammenarbeit im Elektrizitätsbereich: Reziprozität des Marktzugangs, Umweltschutz und nukleare Sicherheit.

Mangelnde Kohärenz innerhalb der EU

Timmermann kritisierte, dass von einzelnen EU-Staaten immer wieder bilaterale Abkommen mit Russland geschlossen würden, die einem einheitlichen Auftreten der EU und der Etablierung der ESVP entgegenstünden. *Erler* wandte ein, dass diese Reaktionen – zum Beispiel die jüngste Einrichtung eines französisch-russischen Sicherheitsrates – eine logische Konsequenz des Nicht-Funktionierens des SPR seien. Ein deutsch-russischer Sicherheitsrat sei nicht geplant, es bleibe bei der entsprechenden Arbeitsgruppe.

Auch Prof. Dr. *Kurt Tudyka* sah ein Problem darin, dass die EU noch immer eine „Ländergemeinschaft“ und kein nationalstaatsähnliches Gebilde sei. Er warnte vor einer Überinstitutionalisierung der Zusammenarbeit mit „Räumen“ und „Dimensionen“. Es gebe bereits das Kooperationsgremium OSZE, das ihm sehr geeignet erscheine, da hier auch Nicht-EU-Länder eingebunden werden könnten. Dem entgegnete *Erler*, dass die OSZE aus seiner Sicht keine Alternative biete, da sich die russische Seite einer OSZE-Zusammenarbeit in letzter Zeit verstärkt entziehe.

Dr. *Hans Arnold*, Botschafter a.D., warf ein, dass die Vorstellung einer europäisch-russischen Zusammenarbeit im Nahen

und Mittleren Osten „sehr kühn“ sei. Zudem widersprächen die Interessen der USA, die versuchten, eine Machtposition Russlands im Mittleren Osten zu verhindern, einer intensiveren Kooperation zwischen der EU und Russland.

Ausblick auf die innerrussische Entwicklung

In seinem die Konferenz abschließenden politischen Ausblick ging Prof. Dr. *Peter W. Schulze* nochmals auf die Tendenz zur Autokratie in Russland ein – sichtbar durch die jüngsten Wahlergebnisse. Der Staat sei seit dem Zerfall der Sowjetunion zwar wieder hergestellt, aber es sei noch nicht klar, welche Funktion er gegenüber Gesellschaft und Wirtschaft übernehmen werde. Die dringend erforderliche Rekonstruktion der Wirtschaft müsse unbedingt unter sozialen Aspekten erfolgen, so *Schulze*. Zur Finanzierung schlug er vor, die Abschöpfung aus dem Öl- und Gasgeschäft in wirtschaftliche und soziale Reformprojekte zu investieren. Nachdem nun sowohl die Macht der kommunistischen als auch der regionalen Eliten und der Oligarchien gebrochen sei, könne Putin sich mit seiner komfortablen Zweidrittelmehrheit nicht mehr der Verantwortung für Reformen entziehen.

